TECHNIK UND KULTUR

Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure

26. JAHRGANG | BERLIN, 20. MÄRZ 1935 | Nr. 3, S. 45—56

Dr.-Ing. **E. Bramesfeld**, Professor a. d. Technischen Hochschule Darmstadt:

Aufgaben der Wirtschaftspsychologie (Psychotechnik) und der Arbeitswissenschaft im neuen Deutschland

Im bewußten Widerspruch gegen eine materialistische und einseitige, seelentötende Maschinenkultur fordert die nationalsozialistische Umgestaltung unserer Wirtschaft Besinnung auf ihren Träger, den arbeitenden Menschen, seelischen Inhalt, Würde und Lebensraum für ihn.

Der deutsche Arbeiter und Angestellte, befähigt und bereit, jeder an seinem Platze sein Bestes für die Volksgemeinschaft herzugeben, verlangen besondere Aufmerksamkeit und Pflege von seiten der Wissenschaft, und zwar nach drei Richtungen:

1. Der Erforschung und Gestaltung der betrieblichen Arbeitsvorgänge bezüglich ihres menschlichen Anteils und arbeitsphysiologischen Gehalts;
2. der menschlichen Leistungsfähigkeit bezüglich ihres richtigen Einsatzes;
3. der Stiftung fruchtbarer und befriedigender Bindungen zwischen Mensch und Arbeit.

Organisierte Verschwendung ist es, wenn das deutsche Volksvermögen „menschliche Leistungsbereitschaft" ertraglos gemacht wird dadurch, daß man den Menschen aus der maschinisierten Arbeit immer weiter ausschaltet. Das Gegenteil ist Aufgabe, und nur dies kann Sinn einer „Rationalisierung" sein: Den Einsatz der menschlichen Arbeitskraft unter den für die menschliche Leistung günstigsten Bedingungen zu erforschen und zu betreiben. Solche Rationalisierung kann niemals bei privatwirtschaftlichen Erwägungen ausschließlich beginnen oder bei ihnen stehen bleiben. Sie muß vielmehr aufbauen auf der Biologie und der Psychologie der Arbeit, die Gesetze der menschlichen Leistung untersuchen von den äußeren Schichten des Wahrnehmens, der Aufmerksamkeit, der Geschicklichkeit bis in die Tiefe der Willens- und Gefühlsvorgänge, welche die Einstellung des Menschen zu seiner Arbeit bestimmen; die körperliche und die geistige Uebung und Ermüdung betrachten und die Entwicklungslinien der menschlichen Leistungsfähigkeit bei verschiedenen Lebensaltern und Geschlechtern aufzeigen; eine praktisch brauchbare Lehre von den Arbeitstypen auf konstitutioneller und struktureller Grundlage aufstellen; den Versagern der menschlichen Leistung im Betriebe ihr besonderes Augenmerk widmen. Erst von hier aus ermöglicht sich planmäßiges Einrichten eines dauerhaften Bestverhältnisses zwischen Muskel-, Nerven- und Gehirnarbeit, menschlichem Fühlen, Wollen und Können auf der einen Seite, Gestaltung von Werkzeug und Maschine, Arbeitsplatz, Arbeitsraum, Arbeitstechnik und Betriebssicherheit auf der anderen.

Wenn Berufswahl oder Arbeitszuteilung der Eignung widersprechen, wird menschliche Leistungsbereitschaft fehlgeleitet. Diejenige Wirtschaft verfährt sinnvoll, welche die als Erbgut und Tradition überkommenen, in sorgsamer Erziehung gepflegten menschlichen Anlagen der Kräfte, der Geschicklichkeit und des Verstandes als der „Begabung", des Temperaments, Willens und Gemüts als des „Charakters" dort einzusetzen versteht, wo sie der Gemeinschaft am besten zu dienen vermögen und damit auch erst sich selbst voll entfalten können. Hier hat die Wissenschaft zu helfen durch Ausbau und Anwendung von Berufskunde (sowohl im allgemeinen Sinn der Berufsarbeitslehre, als auch im besonderen etwa einer Handwerkskunde, Berufskunde der kaufmännischen Tätigkeit usw.), Berufsberatung und Verfahren zur Begutachtung der menschlichen Arbeits- und Berufseignung und zur Auslese für bestimmte Zweige und Anforderungen (bzw. Verkehrsdienst; akademisches Studium). Sondergebiete schließen hier an: Die Frau in ihrer spezifischen Berufsbegabung; die Beschäftigung Schwachbegabter und Anbrüchiger; Studien über Rasse-, Boden-, Gau-, Vererbungs- und Erziehungseinflüsse auf die Arbeitsveranlagung der deutschen Menschen.

Hier berührt sich unser Arbeitsfeld eng mit dem der allgemeinen Pädagogik und ergänzt sie in besonderer Richtung: Berufliche Arbeitslehre und Industriepädagogik haben insbesondere die jungen arbeitsbereiten Volksgenossen sowohl in den beruflichen Fertigkeiten, wie im Geiste bewußter Gemeinschaftsarbeit und Werkverbundenheit zu schulen.

Echte Leistungsgemeinschaft aber kann erst wachsen und wirken in der Hand des Führers, angefangen von der Akkordgruppe bis hinauf zur Leitung ganzer Betriebe. Führertum muß angeboren sein. Aber schlummernde führerische Fähigkeiten zu wecken und zu schulen ist nicht möglich ohne Vermittlung zureichender Kenntnisse vom Gegenstand der Führung: Den Menschen im Betriebe in ihren charakteristischen und typischen Verhaltungsweisen, ihren Voraussetzungen, Be-

dürfnissen und Interessen, ihrem sozialen Raum, ihren Möglichkeiten und Grenzen, Wünschen, Beschwerden, Freuden und Leiden. Psychologische Probleme von Arbeitsgestaltung und Lohnfragen, Gruppen- und Massenwirkung, Kontrolle, Befehlform, Organisation, Autorität und Vertrauen, Arbeitswiderstand und Arbeitsbefriedigung erschließen sich gewiß in langer Erfahrung dem psychologisch besonders begabten Praktiker oftmals von selbst. Doch es gilt hier dem Rechnung zu tragen, daß solche vorzugsweise begabten Naturen seltener sind als der Bedarf an Führern, daß der Erfahrungsweg lang und gewunden ist, daß er oft allzu schmal zwischen den Mauern des einen begrenzten Betriebes verläuft. Darum ist es Aufgabe der Arbeitspsychologie als Wissenschaft sammelnd, sichtend und lehrend eine Wissenschaft vom Führen aufzubauen und zu vermitteln, die Facheignung und Fachwissen ergänzt.

Wir sähen eine unmittelbare Gefahr darin, diese erkenntnismäßig und praktisch-methodischen Belange pflegen zu wollen nur im Laboratorium oder am Schreibtisch, wo eine Philosophie oder Kulturlehre der Arbeit vielleicht gedeihen könnte, nicht aber eine wirtschaftliche Realwissenschaft vom arbeitenden Menschen: Dieser Bereich gehört dem Ingenieur, dem praktischen Kaufmann und Verwalter.

Der aber — der Mann der Technik und der Wirtschaft — tritt, sofern er sich aus Begabung und Neigung mit Wirtschaftspsychologie und Arbeitswissenschaft befaßt, in eine pädagogische Provinz, die dem Nur-Techniker und Nur-Wirtschaftler allzu leicht verschlossen bleibt. Er wird zum Bildner und Hüter des deutschen Menschen in der nationalen Arbeitsgemeinschaft und damit, wie wir meinen, zum politischen Menschen im Sinne des Nationalsozialismus.

Lynkeus:

Rundblick

Es war hier (Technik und Kultur, Januarheft 1935, S. 6) über eine durch die Tagespresse gegangene Notiz „Ende des Pseudoingenieurs“ berichtet und zu einer Aeußerung aus einem Kreise der Fachschulschaft Stellung genommen. Es war dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Absolventen der Höheren Technischen Lehranstalten sich und dem ganzen technischen Berufe keinen Dienst erweisen, wenn sie mit den Technischen Hochschulen und ihren Absolventen Vergleiche ziehen, um die eigene Leistung zu erhöhen. Zu dieser Frage finden wir in der „Amtlichen Monatsschrift der Deutschen Fachschulschaft in der Reichsschaft der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen“ „Der Fachschulstudent“ Nr. 2, 1935, folgende Erklärung ihres Verantwortlichen, Eugen Kurrer, Berlin:

> „Es gelangte in der ersten Nummer des Fachschulstudenten die Mitteilung einer Korrespondenz unter der Ueberschrift „Kein Pseudoingenieur mehr!“ ohne das notwendige Kommentar unsererseits zum Abdruck.
>
> Auf die inzwischen eingegangenen berechtigten Proteste seitens der Fachschulstudentenschaft geben wir folgend unsere grundsätzliche Stellungnahme bekannt.
>
> Es ist eine alte Tatsache, daß es den „Akademisch-Bewußten“, also der Sorte von Menschen, denen ihre Standespolitik von jeher wichtiger erschien als die sachliche Leistung in ihrem Beruf, immer sehr unangenehm war, wenn sie feststellen mußten, daß es Menschen gab, die auf dem gleichen Gebiet ohne Hochschulbildung gleiches oder sogar mehr leisteten als sie. Von einem nationalsozialistischen Leistungsprinzip ist diesen Menschen nichts bekannt, und wenn sie sich dieses Begriffes auch bedienen, dann bestimmt stets in falscher Auffassung. Daß man heute im Dritten Reich noch Unterschiede in der praktischen Ingenieurtätigkeit zwischen den Absolventen der Hochschulen und denen der Fachschulen machen will, können wir uns kaum vorstellen, zumindest nicht von seiten des VDI, der unter seiner neuen Führung, so hoffen wir, alles das ausmerzen wird, was wir viele Jahre vor der nationalsozialistischen Revolution bekämpften und für das heute im Dritten Reich kein Platz mehr ist, denn es ist ein Unding, daß Fachschulabsolventen nach erfolgreich abgeschlossenem Studium auf einer „Ingenieurschule“ oder sonstigen höheren technischen Lehranstalt noch durch eine fünfjährige Ingenieurpraxis ihre Fähigkeit zur Ausübung des Ingenieurberufes nachweisen sollen, während Absolventen der Hochschulen, die zum Teil viel weniger praktische Kenntnisse besitzen, — auf die es doch in Wirklichkeit ankommt, — bedingungslos als Ingenieure anerkannt werden. Für uns steht die eine Tatsache einwandfrei fest, daß derjenige, der die Ingenieurschule absolvierte und die Ingenieurprüfung erfolgreich abgelegt hat, Ingenieur ist. Diese Tatsache kann niemand aus der Welt räumen, denn Tausende unserer Fachschulabsolventen und studierenden Kameraden vertreten den gleichen Standpunkt und werden bedingungslos hinter uns stehen. Dies nur den „Ewiggestrigen“ zur Kenntnis. Kurrer.“

Unsere allgemeine Stellungnahme ist im genannten Vorgang gegeben; ihr ist auf Grund dieser Ausführungen des „Fachschulstudenten“ noch einiges zur Klarstellung hinzuzufügen. Wenn hier vom „nationalsozialistischen Leistungsprinzip“ die Auswirkung erwartet wird, daß im Dritten Reich keine „Unterschiede in der praktischen Ingenieurtätigkeit zwischen den Absolventen der Hochschulen und denen der Fachschulen“ gemacht werden, so dürfte bei dieser Verallgemeinerung zunächst vergessen sein, daß es bei diesem Leistungsprinzip in erster Linie auf die persönliche Leistung im Dienste von Volk und Staat ankommt. Faßt man aber die rein berufliche Leistung ins Auge, so hängt diese allgemein gesehen doch wohl auch von der beruflichen Ausbildung ab. Im technischen Ausbildungswesen bestehen die Technischen Hochschulen und die Fachschulen, nicht als übereinanderstehende Schularten, sondern jede Art mit einem besonderen Ausbildungsziel auf verschiedener Grundlage. Ein Vergleich beider ist schon deswegen nicht durchführbar. Und im praktischen Beruf liegen die Dinge doch so, daß es wesentlich darauf ankommt, an welchen Platz der einzelne gestellt wird, welche praktischen Möglichkeiten ihm gegeben werden (abgesehen von den Persönlichkeitswerten).

Schon 1921 wurde hier einmal darauf hingewiesen, daß es weder dem gesamten technischen Beruf, der Gegner genug hat, noch den Fachschulabsolventen dienlich sein kann, wenn sie glauben, sich gegen die Absolventen der Technischen Hochschulen wenden zu müssen, statt mit diesen den Qualifikationsgrundsatz zu vertreten.

Denn die Diplom-Ingenieure in der Praxis haben immer in den Fachschulabsolventen ihre Mitarbeiter gesehen, und schließlich sind es im wesentlichen wiederum Diplom-Ingenieure, welche die Lehrer der Fachschulabsolventen waren. Wenn diese auf ihre Leistungen im Beruf stolz sind, so ist das verständlich und gut; sie mögen aber dabei sich vielleicht hie und da erinnern, daß die Voraussetzungen zu diesen Leistungen nicht ohne Mitwirkung von Hochschulabsolventen gegeben wurden.

Und wenn der Verfasser der in Rede stehenden Notiz meint, daß es im Ingenieurberuf „doch in Wirklichkeit" auf die „praktischen Kenntnisse" ankomme, von denen die Diplom-Ingenieure weniger ihr Eigen nennen dürfen, so verkennt er vollkommen die sehr verschiedenen Funktionen des praktischen Ingenieurberufes ebenso, wie er das Wesen und Ziel der Technischen Hochschule verkennt.

Die Zusammenfassung der Studierenden der Hoch- und Fachschulen in der „Reichsschaft" wurde begrüßt auch um dessenwillen, weil davon erhofft werden konnte, daß zwischen beiden sich ein stärkeres Verständnis füreinander und damit eine gegenseitige Wertschätzung ergeben wird. Nicht, daß solche Hoffnung begraben werden müßte; im Gegenteil. Aber derartige Stellungnahmen legen Hindernisse in den Weg.

Was soll im Sinne des neuen Staates damit ereicht werden, daß von „Akademisch-Bewußten" die Rede ist, die ihre „Standespolitik" wichtiger nehmen als die „sachliche Leistung" im Beruf? In dieser unbestimmten Form bezieht sich das auf niemand und alle, und es ist sehr leicht dann, demjenigen, der sich dagegen wehrt, den bekannten Schuh vorzuhalten, den er angezogen hat, weil er ihm passe. Man muß sich doch vor Augen halten, daß solche Vorwürfe immer die Gefahr in sich tragen, verallgemeinert zu werden, denn derjenige, der es hat drucken lassen, ist ja nicht Herr über die Auslegung und Anwendung seitens all derer, die es lesen.

In jedem Beruf, auch unter den Fachschulstudenten, gibt es „solche" und „solche" Menschen. Und wenn einer mit Standesdünkel angetroffen wird, so wird kein Vernünftiger das als Kriterium des ganzen Berufsstandes betrachten; ebensowenig, wie man der gesamten Akademikerschaft, weil sie „Akademisch-Bewußt" ist, Akademikerdünkel vorwerfen dürfte. Denn „Akademisch-Bewußtheit" und „Standespolitik" sind etwas ganz anderes, denn sie bedeuten eine innere Verpflichtung der Gesamtheit und dem Beruf gegenüber, sie stehen auf einem ethischen Fundament, das durchaus im Wesen der nationalsozialistischen Weltanschauung wurzelt.

Schon im obengenannten Vorgang war betont, daß hier keine Ursache besteht, für den Verein deutscher Ingenieure (VDI) in diesem Zusammenhang eine Lanze einzulegen. Wir wundern uns nur darüber, daß der „Fachschulstudent" es sich „kaum vorstellen" kann, „zumindest nicht von seiten des VDI", daß die Fachschulabsolventen „durch eine fünfjährige Ingenieurpraxis ihre Fähigkeit zur Ausübung des Ingenieurberufes nachweisen sollen".

Aber wer soll dann nach Meinung des Verfassers diese praktische Berufsbefähigung aufgestellt haben? Ein Blick in die entsprechende Literatur hätte ja diese Frage völlig eindeutig geklärt. Und man hätte leicht so auch festgestellt, wie die Notiz „Keine Pseudoingenieure mehr" eigentlich entstanden ist. Dann wäre auch die Kritik ebenso eindeutig an die richtige Stelle zu richten gewesen, und die Heranziehung der Hochschulabsolventen in diesem Zusammenhang wäre als abwegig sicherlich erkannt worden.

*

Mit der Einführung des neuen, übergeordneten Doktorgrades Dr. habil. befaßte sich eine Zuschrift von Professor Dr. Fr. Linke an die Frankfurter Zeitung (Nr. 78 vom 12. Februar 1935). Er geht davon aus, daß der deutsche Doktortitel im Auslande, namentlich in den germanischen Ländern stark an Ansehen eingebüßt habe. Die Ursache liege darin, daß mangels eines akademischen Abschlußexamens sich wachsend jene Studierenden zum Doktortitel gedrängt haben, die nicht die Beamtenlaufbahn einschlagen oder sich der wissenschaftlichen Forschung haben widmen wollen. Die Technischen Hochschulen seien hier von vornherein einen anderen Weg gegangen durch die Einführung der Diplom-Prüfungen mit staatlicher Anerkennung. Das gebe die Richtung, in der vorgegangen werden müßte, um das Ansehen des Doktortitels wieder zu heben. Sympathischer als die „Diplom"-Bezeichnungen sei aber die Wiederauflebung des „alten, guten Magistertitels", den es an nichtdeutschen Hochschulen noch gibt, für alle Abschlußprüfungen der akademischen Berufe. Der Doktortitel bliebe dann jenen vorbehalten, die sich forschend betätigt haben.

*

In Bayern wird die Ausbildung der Lehrer auf eine neue Grundlage gestellt, indem auch hier wie in den übrigen Ländern das Reifezeugnis Voraussetzung für Lehrbildung eingeführt wird. Es werden sämtliche staatliche und nichtstaatliche Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten mit dem laufenden Jahre beginnend abgebaut. Die Normalvorbildung erfolgt künftig durch die „Deutsche Oberschule" in Aufbauform; diese Schulgattung, die eine „deutsche Schule mit bewußt nationalsozialistischer Prägung" sein wird, nimmt die Schüler nach dem 7. Volksschuljahr auf und führt sie in sechs Jahren zur Reife einer höheren Lehranstalt. Die Reifeprüfung dieser Schule wird denen der humanistischen und realistischen höheren Schulen gleichgestellt. Die Berufsbildung der Lehrer erfolgt im Anschluß an die Reifeprüfung auf „Hochschulen für Lehrerbildung", die mit viersemestrigem Studium zu einer „wissenschaftlichen Prüfung" führen, auf die dann eine zweijährige Lehrerfortbildung folgt mit einer praktischen Abschlußprüfung.

Für den Nachwuchs der Diplom-Ingenieure ist von Interesse, daß diese „Deutsche Oberschule" neben die Gymnasien usw. tritt und ihr Reifezeugnis auch zum Studium auf die Technischen Hochschulen berechtigen wird.

*

„... Sie erlernen rasch und korrekt das Handharmonikaspiel ... in der ..... Schule X.X. Dipl. Handharmonikalehrer" (aus einer Schlesischen Zeitung). Hier ist noch ein Feld zur Reinigung!

*

Ueber den neuen Ausbildungsgang des Arztes machte Dr. E. Grosskopf vom „Amt für Volksgesundheit der DAF" (in „Der Deutsche" Nr. 295 1934) die Mitteilung, daß die „Neuordnung des ärztlichen Studiums beendet ist". Darnach werde die Zeit an der Höheren Schule um ein Jahr auf acht Jahre gekürzt. Dem Abschluß folge ein halbes Jahr Arbeitsdienst, wobei bereits die Auslese beginne. Dem Arbeitsdienst

schließe sich ein halbes Jahr Dienst als Krankenpfleger an, um den „Arztanwärter" in engste Verbindung mit dem Kranken zu bringen, was eine weitere Auslese bedeute.

Das Studium zerfalle in vier vorklinische und sechs klinische Semester. In den ersten vier Semestern soll „mehr als bisher ein Weltbild vermittelt werden". Bei den sechs klinischen Semestern liege der Schwerpunkt nicht im Hörsaal, sondern am Krankenbett. „Der Student muß Tag für Tag in einer Krankenanstalt fünf Stunden unter dem Chefarzt oder einem Assistenten arbeiten." Hierzu kommen wöchentlich ein- oder zweimal zusammenfassende zweistündige Vorlesungen, die „wieder in dem Stil gehalten werden, der Deutschlands Lehrmethode einmal berühmt gemacht hat".

Auf das bisherige praktische Jahr könne verzichtet werden. Doch soll der Arzt vor Aufnahme einer Praxis ein bis zwei Jahre als verantwortlicher Assistent tätig sein.

*

Ein Argument der Verfechter der Idee, daß der technische Berufsträger als Ingenieur sich nicht durch die abgelegte Prüfung an der Technischen Hochschule qualifiziere, sondern erst in der Praxis, ist bekanntlich das „Leistungsprinzip". Das wird von ihnen so aufgefaßt, daß nicht die zum Abschluß durch die Prüfung geführte Berufsbildung als „Leistung" zu werten sei, sondern erst die praktische Tätigkeit im Beruf müsse dem Urteil zugrunde gelegt werden. Dabei hat man auch immer darauf verwiesen, daß der Arzt auch erst noch eine Bewährung durch ein „praktisches Jahr" durchmachen müßte; er sei mit dem Staatsexamen nicht Arzt, und ebenso sei der Diplom-Ingenieur noch nicht Ingenieur.

Dabei hat man aber völlig übersehen, daß das „praktische Jahr" gar keine „Bewährungsfrist" ist, sondern eine Einführung in die praktische Tätigkeit und Vorbedingung für die Niederlassung als selbstverantwortlicher Arzt. Also mit dem in die industrielle Praxis gehenden Diplom-Ingenieur nicht vergleichbar. Eine Vergleichsbasis wäre dann gegeben, wenn es sich um die Ausübung des Berufes als selbstverantwortlicher beratender Ingenieur drehen würde. Und da hat kein Vernünftiger bisher die Notwendigkeit verneint, daß einer solchen freien Berufsausübung eine ausreichende Praxis voranzugehen hat. Noch mehr: es ist gerade von den Diplom-Ingenieuren verlangt worden, daß vor der Niederlassung als beratender Ingenieur der Nachweis auch rechtlicher und volkswirtschaftlicher Kenntnisse erbracht werden müßte im Interesse des den Rat und die Hilfe des freien Ingenieurs in Anspruch nehmenden technischen Laien und des Ansehens des Berufes.

In diesem Zuasmmenhang ist die angekündigte Neuordnung der ärztlichen Ausbildung von gesteigertem Interesse für die Ingenieure. Die Verfechter des genannten „Leistungsgrundsatzes" mögen daraus ersehen, daß man den Leistungsgrundsatz hier anders versteht, und ihr Argument des „praktischen Jahres" muß ja nun auch hinfällig werden.

Es ist eine allgemeine bekannte Tatsache, daß früher einmal versucht wurde, einen Schutz der Bezeichnung Ingenieur durchzusetzen, wobei seitens des Vereines deutscher Ingenieure der „Leistungsgrundsatz" aufgestellt wurde derartig, daß z. B. für die Absolventen der Höheren Lehranstalten eine fünfjährige Ingenieurtätigkeit nachgewiesen werden sollte; bei den Diplom-Ingenieuren begnügte man sich mit einem Jahr. Ungefähr in diesem Sinne sind die Aufnahmebestimmungen des Vereines deutscher Ingenieure (soweit sie „Mitglieder" betreffen) gehalten. Natürlich kann jeder private Verein seine Aufnahmebedingungen gestalten wie er es für zweckhaft hält. Niemand wird ihm daraus einen Vorwurf machen. Die Sache wird aber bedenklich und zu einer Angelegenheit des gesamten Berufes, wenn solche Aufnahmebedingungen in der Oeffentlichkeit als Qualifikationsnorm für den Berufsträger propagiert werden, gleichviel, von wem diese Propaganda ausgeht. Die angehobene Pressepolemik seitens der Fachschulstudentenschaft sollte nachdenklich stimmen, denn sie trägt sicher nicht zum Ansehen des technischen Berufes bei.

Und nun wird neuerdings kolportiert, daß die Absicht bestände, daß die Bezeichnung Ingenieur erst dann zuerkannt werden soll, wenn ein Alter von 25 Jahren erreicht ist; man wolle damit den Angriffen aus dem Wege gehen, die gegen die „Bewährung in der Praxis" gerichtet werden.

Würde man damit die Sache nicht noch verschlimmern? Geht man da nicht weit vom „Leistungsgrundsatz" ab?

Abgesehen davon, daß zeitlich gesehen damit nichts geändert wird, kann man doch die Ingenieurleistung nicht an das Lebensalter binden, wenn schon eine geregelte Berufsausbildung mit Abschluß vorliegt. Denn die Leistung im Berufe auf Grund der „Vorleistung" in der Ausbildung hängt von anderen Faktoren ab. Soll etwa ein hervorragender Konstrukteur von 23 Jahren deshalb nicht Ingenieur sein, bloß weil er noch nicht 25 Jahre alt ist? Und ein recht mittelmäßiger (die es selbstverständlich in jedem Berufe gibt) erreicht gleichzeitig das Ziel, was in allen Fällen ja nur durch vorzeitigen Tod verfehlt werden kann. Wo liegt da der Sinn solcher Idee? Entweder ist durch eine Abschlußprüfung nachgewiesen, daß die Mindestkenntnisse und Fähigkeiten für den Ingenieurberuf gegeben sind, dann ist der Mann Ingenieur, wie er sich mit dem praktischen Beruf abfindet, ist seine Angelegenheit. Es kommt eben darauf an, welche Mindestanforderungen beim Nachweis gestellt werden, davon hängt die Gesamtleistungsfähigkeit des Berufsstandes ab. Oder man erkennt das Abschlußexamen nicht als Leistungsprüfung für den Ingenieurberuf an; dann muß man halt, da andere Möglichkeiten praktisch nicht da sind, ein anderes Examen einführen. Aber das Alter für sich als Maßstab einzuführen, das hat keine sachliche Berechtigung. Einige Berechtigung hätte höchstens, die Zulassung zu der endgültigen Prüfung an ein Mindestalter zu binden.

*

Zur Ergänzung der (Februarheft, S. 29) gebrachten Ausführungen über eine „Totale Hochschulreform" einer korpsstudentischen Arbeitsgemeinschaft seien hier die Forderungen wiedergegeben, wie sie in der Schrift „Neue Hochschule" (Verlag der Deutschen Corpszeitung, Frankfurt a. M.) zusammenfassend dargestellt sind:

> „Die in dieser Schrift dargestellte Hochschulerneuerung vom Grunde auf (Totale Hochschulreform) setzt zu ihrer Verwirklichung bestimmte Grundforderungen voraus. Sie sollen den Rahmen abgeben für alle gesetzlichen, organisatorischen und erziehungspolitischen Maßnahmen, die im einzelnen die verschiedenen Seiten der Hochschulreform zu behandeln

haben. Dieser Rahmen ist daher nicht etwa nur eine verkürzte Wiedergabe des wesentlichen Inhalts der vorliegenden Schrift, sondern stellt nur jene Mindestforderungen dar, die überhaupt erfüllt werden müssen, wenn die Ziele einer Hochschulerneuerung erreicht werden sollen.

1. Hochschulreform als Erneuerung ist nur als Totalität durchführbar. Sie muß zugleich die Hochschule, die Dozenten und die Studenten einbeziehen.
2. Die verwaltungstechnische Hochschulerneuerung bedingt die Auseinandergliederung von Forschung und Lehre auf allen Gebieten.
3. Die Forschungsanstalten sind den Akademien der Wissenschaft zu unterstellen.
4. Die Hochschule als eigentliche Lehranstalt bildet die Berufsangehörigen bis zum Staats- und Diplomexamen aus.
   Forscher können auf der Forschungsanstalt auf Grund besonders hochwertiger wissenschaftlicher Leistungen einen Doktortitel erwerben.
5. Die Hochschuldozenten müssen die Abschlußprüfung ihres Faches, den Doktortitel und eine pädagogische Ausbildung auf der höheren Schule oder in Unterrichtsanstalten der Universität erwerben.
6. Die Erziehung der Studenten (im weitesten Sinne) ist nach drei Gesichtspunkten zu gliedern:
   a) Nationalpolitische Erziehung durch den NS-Studentenbund,
   b) charakterliche Erziehung durch die Verbindungen,
   c) wissenschaftliche Ausbildung unter Mitarbeit der Fachschaften der Deutschen Studentenschaft.
7. Reform des Disziplinarrechts für Studierende.
8. Jeder Student muß die ersten vier Semester auf einer Hochschule verbleiben."

*

Die Rede, die der Komm. Reichswirtschaftsminister, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, auf dem 114. Stiftungsfest des „Vereins zur Förderung des Gewerbefleißes" gehalten hat, fand in der Oeffentlichkeit ein weitgehendes Echo. Dabei ist leider festzustellen, daß dieses Echo im wesentlichen der „Technik" und dem „Techniker" wenig gut gesinnt ist. Natürlich: man erkennt die Notwendigkeit der Technik an, man preist die schöpferischen Kräfte ihrer Träger und sieht die ihnen gestellten Aufgaben, die lebenswichtig für das Deutsche Volk sind. Aber die Pressestimmen sind sich so ziemlich darin einig, daß damit auch dem technischen Berufsträger die Grenzen gezogen sind, daß Dr. Schacht dem Ingenieur den „Platz" angewiesen habe. Vereinzelt hat man auch aus dieser Rede eine „Absage" an die „Technik" herausgehört, was nun wieder bestimmt nicht in der Rede enthalten war.

Was hat nun Schacht gesagt? Er ging aus davon, daß dem „Verein" heute eine verantwortungsvolle Aufgabe gestellt sei, nämlich das Problem „Technik und Wirtschaft" zu betreuen, und er meinte: „Technik und Wirtschaft leben in einer Ehe, die noch nie restlos glücklich war. Das liegt daran, daß die Grenzen der technischen Leistungsfähigkeit viel weiter gezogen sind als die der wirtschaftlichen Möglichkeiten." So könne man „technisch" Diamanten aus Kohlenstoff erzeugen, Gold aus dem Meerwasser gewinnen, aber „wirtschaftlich" könne man es nicht. Daher seien unvermeidlich Reibungen zwischen der „stürmenden Technik und der an den Rechenstift gebundenen Wirtschaft". Bei normalen Verhältnissen könnten zwar solche Reibungen dem Gesamtwohl des Volkes nicht abträglich oder bedrohlich werden, und erst in der Nachkriegszeit seien „zwischen Technik und Wirtschaft Spannungen entstanden, die zu einem gewissen Bruch geführt haben".

Schacht exemplifiziert dabei auf die bekannte „Rationalisierung" der Nachkriegszeit und führte aus: „Die Wirtschaft hätte damals den Kapitalbedarf der Technik, obwohl er vom technischen Standpunkt aus völlig berechtigt war, in die Grenzen dessen zurückdrängen müssen, was Deutschland aus eigener Kraft zu leisten vermochte." Statt dessen Auslandsanleihen in einem zur Rückzahlungsmöglichkeit unverhältnismäßigen Ausmaße. Folgen: überrationalisierte Fabrikanlagen, 1926 „technische Wunderwerke", 1931 aber weit unter ihrer Kapazität beschäftigt.

Der Nationalsozialismus wolle solch unvernünftigen, unmoralischen Zustand — stets steigende Produktionskapazität der Maschinen und wachsendes Arbeitslosenheer — beseitigen und „damit auch die unnatürliche Spannung zwischen Technik und Wirtschaft lösen".

Wie wird diese Spannung gelöst? Schacht zeigte zunächst, wie sie seiner Ansicht nach nicht gelöst wird: „Wie so oft im Leben entbehrt selbst die bitterste Tragödie nicht eines satirischen Nebenspiels. Die Krise hat leider tausende tüchtige und fähige Techniker brotlos gemacht. In ihrem Beruf fanden sie kein Unterkommen: was Wunder, wenn viele von ihnen ihre Energie dorthin wandten, wo sie die Ursache der Krise sahen, und der Wirtschaft mit den Mitteln moderner Technik zu Leibe rückten. So entstanden jene unzähligen Wirtschafts- und Währungsprojekte, die alle mit Zirkel und Logarithmentafel zusammenkonstruiert waren, und zwar so gut konstruiert, daß man sich wundern mußte, wie die Wirtschaft überhaupt jemals anders habe laufen können. Sie hatten meist nur einen einzigen Fehler; sie übersahen, daß die Wirtschaft kein erdachter Mechanismus, sondern ein lebendiger Organismus ist. Die Wirtschaftspolitik birgt ja die große Gefahr in sich, daß sie jedem Dilettanten ein dankbares und leicht zugängliches Betätigungsfeld zu sein scheint. Was hätte man wohl gesagt, wenn die Leiter und Mitarbeiter des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank plötzlich darangegangen wären, große Maschinenanlagen, technische Baupläne und dergleichen auszuarbeiten! ... Nein, m. H., mit Dilettantismus und mit dem Reißbrett kommen wir diesen Dingen nicht bei."

Die Lösung liege in der Zusammenfassung aller Kräfte für die nationalen Belange, und dem diene die begonnene Organisation der Wirtschaft, die seitens des Staates gesteuert aber nicht ausgeübt werden soll. „Am Steuer kann nur einer stehen: der Staat." Diese Lenkung habe die Wirtschaft zu fördern, und diese Aufgabe bestehe darin, die technische Entwicklung laufend mit Kapital zu untermauern.

*

Den Kern der Frage „Technik" hat Schacht in seiner Rede nicht berührt. Die Technik ist nur in ihrer äußeren Erscheinung, in ihren „Wunderwerken" gesehen, und nicht die Kulturarbeit des Ingenieurs, die vor dem technischen Erzeugnis liegt. Man sieht den Ingenieur als den Fachmann, der mit Zirkel und Logarithmentafel und Reißbrett arbeitet, nicht aber die geistigen Grundlagen der Facharbeit. Und sieht schließlich den Zusammenhang zwischen Technik und Wirtschaft nicht als einen organischen, sondern als organisatorischen.

Es wäre heute müßig, wollte man im einzelnen zu widerlegen versuchen, was Schacht über das Verhältnis „Technik und Wirtschaft" gesagt hat; darüber ist hier im Laufe der Jahre genügend die Rede gewesen.

um klarzustellen, daß wir das Problem von anderer Plattform aus sehen, nämlich als ein geistiges, der Eingliederung von Technik in die Kultur, von Ingenieurarbeit in die Gesellschaftsarbeit. Davon ist „Technik und Wirtschaft" eine Funktion. Deshalb handelt es sich für uns auch nicht um die absolute Vorherrschaft der „Technik" über die „Wirtschaft", die Führung allein durch den Ingenieur, sondern: wenn der Staat die Lenkung haben soll, was wir als durchaus richtig anerkennen, so soll der Ingenieur mit am Steuer stehen.

Aber so ist es nicht, daß in den Jahren der „Rationalisierung" die „Wirtschaft" sich von der „Technik" hätte verleiten lassen zur Bereitstellung von Kapital, dessen Deckung mehr als fraglich war, um die Pläne der Ingenieure zur Rationalisierung zu verwirklichen, durch die dann — „satirisches Nebenspiel"! — sich die Ingenieure selbst arbeitslos gemacht haben. Man muß da schon etwas tiefer in die Dinge jener Zeit sehen. Waren es die Ingenieure, die der Wirtschaft den Rat gaben, in der Inflationszeit die „Flucht in die Sachwerte" anzutreten? Denn so sind die Investierungen wesentlich entstanden. Waren es die Ingenieure, die den Wettlauf der Löhne heraufbeschworen, dem durch Senkung des Lohnanteils an den Erzeugungskosten zu begegnen versucht wurde? Denn dadurch kam die Ueberrationalisierung in Fluß! Dadurch kam das „laufende Band" in die Fabriken. Und die Ingenieure führten nur die Aufträge aus, die „Unkosten" zu senken.

Daß man im Kreise der Ingenieure anders dachte, als hemmungslos die technischen Möglichkeiten in die Wirklichkeit umzusetzen, steht zweifelsfrei fest. Nicht deshalb strebten die Ingenieure mit in die allgemeine Führung von Staat und Wirtschaft, um sich hemmungslos austoben zu können, sondern: weil sie als nur Diener der „Wirtschaft" klar sahen, daß die Ingenieurarbeit nur im Interesse des privaten Kapitals verwertet wurde, daß die „Technik" eine „Geldverdienmaschine" war. Und die Arbeit des Ingenieurs war für die „Wirtschaft" genau so, wie die des Handarbeiters eine „Ware" geworden, ein Ausfluß des schrankenlosen Egoismus, der die „Wirtschaft" beseelte!

Schon 1926 (15. Januar) schrieb Romberg hier u. a.: „Die Aufnahme dieser Irrlehre hat unsere Wirtschaft in zwei große feindliche Lager gespalten, sie hat die Arbeit entadelt und zur „Ware" gemacht, sie hat den urdeutschen Idealismus des Arbeiters, der sich in dem Stolz auf die Qualität ausdrückt, vernichtet, sie hat der Arbeit ihren tiefen, sittlichen Gehalt geraubt, und sie hat sie zur Frohn für das Kapital gemacht. Das muß schließlich der Ruin der deutschen Wirtschaft werden; denn ein Land wie Deutschland, dem die Rohstoffe und der Absatz mangeln, kann nicht durch „Massen"-Erzeugung schlechthin Erfolg haben. Nicht auf Masse so sehr als vielmehr auf höchste Qualität muß unser Sinn gerichtet sein."

Wenn man von Schacht hört, daß „Reibungen" zwischen „Technik" und „Wirtschaft" sich deshalb nicht vermeiden ließen, weil die „Wirtschaft" an den „Rechenstift" gebunden sei, so muß der Nichtingenieur unbedingt den Eindruck gewinnen, als ob der Ingenieur nur darauf eingestellt sei, abstrakt, gewissermaßen im luftleeren Raum zu arbeiten und von einem Gesamtwirkungsgrad noch nie etwas gehört hätte; aus solcher Kenntnis des Ingenieurgeistes muß allerdings dem Ingenieur der „Platz" als Diener der „Wirtschaft" angewiesen werden, muß er „auf die Grenzen aufmerksam gemacht werden, die ihm gesteckt" sind, muß er auf sein Reißbrett verwiesen werden.

Daß Ingenieure „Wirtschafts- und Währungsprojekte" mit „Zirkel und Logarithmentafel zusammenkonstruiert" haben, lag es nicht daran, daß eben die „Wirtschaft" versagt hatte und doch offenbar nicht imstande war, die Wirtschaft zu meistern, das deutsche Volk aus der wachsenden Verelendung herauszuführen? Deshalb haben nicht bloß Ingenieure sich mit dem Problem befaßt. Und hat es tatsächlich die „Wirtschaft" gelöst, oder ist der Impuls zur neuen Entwicklung nicht von ganz anderer Seite gekommen?

Ist es vielleicht so, daß erst der „Wirtschaft" der richtige „Platz" angewiesen werden mußte, nachdem man lange genug die Parole gehört hatte, daß „die Wirtschaft unser Schicksal" sei? Sie war es in der Tat, und dieses Schicksal hoffen wir, dank der geistigen Kräfte, die nicht aus der „Wirtschaft" kamen, überwunden zu haben.

*

Die Presse, soweit sie zur hier angezogenen Rede von Schacht Stellung nimmt, schreibt im wesentlichen der „Technik" zwei Aufgaben zu:

1. die Nachfrage nach ausländischen Rohstoffen soweit abzuschwächen, durch vollwertigen Ersatz, als es die wirtschaftliche Lage erfordert, und
2. durch Spitzenerzeugnisse einen Vorsprung vor den Bezugsländern zu sichern.

Gewiß ist das ein Hauptproblem, dessen Lösung der „Technik", das heißt den in ihr zusammenwirkenden geistigen und materiellen Kräften gestellt ist. Fehlerhaft sind nur die daraus in bezug auf die Ingenieure und auf die Ingenieurarbeit gezogenen Schlüsse. Indem man eben im Ingenieur nur den „Techniker", nicht aber den Ingeniker sieht, glaubt man, daß damit dessen möglicher und wünschenswerter Wirkungskreis begrenzt ist. Man hat so eine falsche Vorstellung über den Ingenieur, weil man überhaupt keine Vorstellung hat, weil man gewohnt ist, mit ihm nur das Reißbrett, die Maschine, die Logarithmentafel und die „Erfindung" in Verbindung zu bringen. Und weil bisher die im Ingenieur liegenden natürlichen Möglichkeiten sich gar nicht entfalten konnten, weil man bisher seine Arbeit und ihn selbst fast ausschließlich dem privaten Interesse überantwortet hatte, deshalb spricht man ihm über die „Technik" hinausreichende Möglichkeiten ab. Ein geschlossener Ring! Er muß am richtigen Querschnitt aufgeschnitten werden, wenn der Ingenieur, wenn Ingenik und Ingenieurschaffen in den Dienst des gemeinen Besten gestellt werden sollen. Dieser Querschnitt liegt in der Anerkennung der Ingenieurschaft als ein der Gemeinschaft verpflichteter Stand! Damit wird dann auch die Ingenieurarbeit aus der Wertung „Nur-Technik" herausgehoben und als Kulturarbeit erkannt werden. Freilich, notwendig ist dafür aber auch, daß der alte Begriff „Kultur" endlich der allgemeinen Erkenntnis weicht, daß wahre Kultur die Integration der gesamten Volkarbeit ist.

*

Vor der Gefolgschaft der Apparatefabrik Treptow der AEG sprach Dr. Duems, Generalsekretär der Deutschen Kolonialgesellschaft, über die Entwicklung und die Bedeutung der deutschen Kolonialarbeit, wobei er von dem Worte Bismarcks ausging: „Einheit und Entschiedenheit des nationalen Willens allein vermögen Kolonien aufzubauen und zu erhalten." Und er meinte,

daß das neue Deutschland durch seinen Zusammenschluß zu einer Volksgemeinschaft die Grundlage für eine erfolgreiche Kolonialpolitik geschaffen habe.

Welch' eine Wandlung! Vor deutschen Arbeitern über deutsche Kolonialpolitik zu sprechen, das wäre im Zwischenreich eine Unmöglichkeit gewesen, das hat der Marxismus mit allen Mitteln verhindert. Wie es auch fast einem Verbot gleichkam, von Kolonien im Zusammenhang mit Deutschland öffentlich zu sprechen oder zu schreiben. In „Technik und Kultur" hat die Kolonialfrage gerade in der Zeit der marxistischen Herrschaft Pflege gefunden, und wiederholt wurde das Problem auch in Verbindung mit der Arbeitslosenfrage und der Auslands-Ingenieur-Frage eingehend erörtert. Allerdings, solcher Arbeit konnte in der Vergangenheit ein Erfolg nicht beschieden sein, dazu fehlte die erste Voraussetzung: die Einheit und Geschlossenheit der Nation. Jetzt ist das Fundament geschaffen, und man darf ernsthaft hoffen, daß auch der Kolonialgedanke in der Volksgemeinschaft feste Wurzel schlagen wird. Denn koloniale Arbeit ist Kulturarbeit, und die deutschen Ingenieure haben alle Ursache, sich besonders des Kolonialgedankens anzunehmen; denn sie müssen auch auf diesem Gebiete Kulturpioniere sein. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde hier in der Vergangenheit versucht, die Kolonialidee wach zu halten, es wird weitere Aufgabe sein, die koloniale Erkenntnis zu vertiefen.

*

Nachdenklich wird man, wenn man eine Veröffentlichung „Ingenieure sprengen die Fachgrenzen" (Föhl in „Monatsblätter des Berliner Bezirksvereins deutscher Ingenieure" Nr. 3/1935) gelesen hat. Die „Jungingenieurbewegung im VdI", die sich in Arbeitsgemeinschaften verschiedener Richtungen betätigt, will sich auf die anderen Fachvereine ausdehnen, was ja ohnehin naheliegt. In einer zur Vorbereitung dieser „Sprengung" der „Fachgrenzen" dienenden Veranstaltung am 1. Februar 1935 wurde u. a. gesagt:

„... Wir glauben, in der planvoll gegliederten Zusammenarbeit in unseren Arbeitskreisen einen Weg gefunden zu haben, der zu dem Ziel eines gemeinschaftsbewußten, in sich festgeschlossenen Standes der deutschen Ingenieure führt. Die Denkweise des Ingenieurs, das „funktionale" Denken, ist ein Wesensmerkmal von solcher Besonderheit und die Leistung des Ingenieurs für die Gesamtheit, der gestaltende Eingriff in unsere materiellen Lebensbedingungen, der erst durch seine Denkmethode ermöglicht wird, ist so überaus wichtig, daß kaum ein anderer Stand deutlicher als ein gliedhafter Teil des großen Volkskörpers erkennbar ist. Aus dem großen Haufen technisch gebildeter Einzelpersonen eine Gemeinschaft zu bilden, in der die uns wesenseigene Leistung für das Ganze, die so oft verkannt wird, so kultiviert wird, daß sie zum Wohl des Ganzen mit voller Schlagkraft eingesetzt werden kann, das ist es, was uns allen vorschwebt, wenn wir vom Stand der Ingenieure sprechen. Im Grunde wollen wir das alle. Aber durch Vereinbarungen zwischen den Vorständen und Geschäftstellen, ja selbst durch die Bildung einer Reichskammer ist dazu gar nichts geschafft. Die technischen Vereine müssen von Grund auf anders werden, wenn sie Träger dieser Entwicklung sein wollen, sie müssen den Menschen selbst an sich binden in einer Weise, wie das wohl in den Anfangszeiten unseres Vereines einmal der Fall gewesen sein mag ..."

Diese Erfassung des „Menschen" sieht man darin, daß der einzelne in einem „Arbeitskreis" ständig mitarbeitet, daß man ihn „einspannt" in eine Gemeinschaftsarbeit, daß man ihm damit Verantwortung gibt, und „... dann haben wir den Menschen selbst, und dann kann auch nach jahrelanger Entwicklung einmal mehr entstehen, als die Vereine bis jetzt gewesen sind ..."

Solche fachlichen und zwischenfachlichen Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften sind zweifellos zu begrüßen. Doch haben sie nicht schon immer in den Fachvereinen bestanden, wenn man dabei auch nicht die „Jungingenieure" von den „Altingenieuren" bisher getrennt hatte? Doch davon soll hier nicht die Rede sein. Uns interessiert in erster Linie der Glaube, daß diese Arbeitskreise zu dem Ziel eines „gemeinschaftsbewußten, in sich festgeschlossenen Standes der deutschen Ingenieure" führen können.

Darin besteht kein Zweifel, daß die „Bildung einer Reichskammer" nicht einen solchen Ingenieurstand schafft. Denn es ist umgekehrt: erst muß der Ingenieurstand geschaffen werden, der sich dann seine Selbstverwaltung durch Leistung für das gemeine Beste schaffen muß. Selbstverwaltung (Kammer) bedeutet immer ein Recht in Volk und Staat, und jedes Recht muß durch erfüllte Pflichten gegenüber Volk und Staat erworben und ständig neu erworben werden.

Zu diesen Pflichten gehört nicht zuletzt naturgemäß die fachliche Arbeit, die Nutzung der Berufsausbildung in der Gemeinschaft und nicht bloß zum materiellen Zweck des Broterwerbes. Aber solche Arbeitsgemeinschaften sind nur ein Teil des Fundamentes, die Ecksteine sind vielmehr der Beruf selbst. Facharbeit, auch zwischenfachliche Gemeinschaften führen nie zum festgeschlossenen Stand, sondern die Berufsverbundenheit durch die Geistesgemeinschaft in Verbindung mit der Facharbeit. Nur durch die Geistesgemeinschaft des Berufes werden die Fachgrenzen wahrhaft gesprengt; und sie müssen „gesprengt" werden, wenn der Ingenieurstand erstehen soll.

*

„Warum Monatsversammlungen vor leeren Bänken?" fragt „rn" in den „Monatsblättern des Berliner Bezirksvereines deutscher Ingenieure" (Nr. 3/35):

„Als regelmäßiger Besucher der Veranstaltungen des Berliner Bezirksvereines habe ich festgestellt, daß leider nur sehr wenige Mitglieder unseres Bezirksvereines am Vereinsleben teilnehmen. Es sind meist immer dieselben Gesichter, die man auf den Monatsversammlungen und den Vortragsabenden sieht.

Worauf ist der schlechte Besuch wohl zurückzuführen? Der Vorstand gibt sich die größte Mühe, interessante Vorträge halten zu lassen, er beschafft Filme, die doch sicher auch Kosten verursachen, und ich freue mich immer wieder über die Anstrengungen des Vorstandes, unsere Zusammenkünfte durch neue Einfälle zu beleben.

Gewiß haben wir heute alle wenig Zeit, die Anforderungen, die an jeden einzelnen gestellt werden, sind sehr groß. Aber das kann nicht der einzigste Grund sein. Vielleicht wird vom Vorstand einmal durch Beilage eines kleinen Fragezettels in den Monatsblättern eine Umfrage bei unseren Mitgliedern gehalten, welche Wünsche für die Ausgestaltung der Versammlungen noch bestehen..."

Sollte der Grund dieser Erscheinung nicht ganz wo anders liegen als darin, daß nicht das jeweils Gewünschte geboten wird? Gewiß liegt eine der Ursachen dieser überall zu beobachtenden „Müdigkeit" in der star-

ken beruflichen und auch anderweitigen Inanspruchnahme des Ingenieurs. Aber ebenso richtig ist, daß dies nicht der einzige Grund ist. Der tiefere Grund ist nichts anderes als der Mangel der Berufsverbundenheit, des Bewußtseins, innerer Verpflichtung dem Berufe gegenüber. Diese Verbundenheit, dieses Pflichtbewußtsein, sie sind eben nicht durch Fachvorträge, Filme usw. und nicht durch Fachvereine zu erzeugen, zu pflegen und zu wahren, weil das „Fach" trennt und nicht verbindet, weil die fachliche Arbeit heute, und morgen noch mehr, immer weiter spezialisiert und den Interessenkreis verengt.

*

„Kampf dem Dilettantismus" überschrieb Dr. B. Payr einen Artikel im „Völkischen Beobachter" (Berlin) Nr. 62/63 vom 3./4. März 1935, der besondere Beachtung verdienen dürfte, und in dem u. a. gesagt ist:

„... Heute, da die Reaktion einen wissenschaftlich raffiniert getarnten Kampf gegen uns führt und sich vor allem der Gebiete der Kultur, der Religion und des Rechts bedient, um geistige Sabotage gegen den Nationalsozialismus zu betreiben, heute können wir es uns nicht mehr leisten, unsere Sache durch Nichtskönner vertreten zu lassen, die lediglich über eine einwandfreie Gesinnung verfügen. Der Kampf um die Weltanschauung ist schwerer für uns geworden, denn er fordert von jedem von uns die Umstellung auf einen getarnten, geschmeidigen und schwer zu fassenden Gegner.... Nur wirkliche Spitzenleistungen, die mit sorgfältigster Sachkenntnis unsere weltanschauliche Haltung wissenschaftlich untermauern, bilden heute die allein wirksame Waffe, um den Gegner aus seinen guten befestigten Stellungen zu vertreiben und unschädlich zu machen. Darum empfiehlt es sich, an die Bildung geistiger Stoßtrupps innerhalb der Bewegung heranzugehen, die mit dem Rüstzeug eines soliden Wissens schlagartig zum Gegenstoß gegen jeden feindlichen Ueberrumpelungsversuch angesetzt werden können. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß uns auf dem Gebiete der Weltanschauung schwere Kämpfe mit gegenrevolutionären Kräften bevorstehen..."

Vom Arbeitsraum der Diplom-Ingenieure

Ueber die allgemeine Lage des Berufs- und Arbeitsraumes in Verbindung mit der Stellung des Ingenieurstandes in Staat und Volk sowie mit den allgemeinen Berufsfragen ist hier[1] kürzlich ausführlich berichtet worden. Ferner wurde an Hand von Schaubildern die statistische Erfassung des Arbeitsraumes, und zwar seiner beiden Seiten aufgezeigt. Es ergab sich, daß die Lage im Berufsstand im verflossenen Jahre etwa mit der des Jahres 1929 verglichen werden kann, also ein nicht ungünstiges Bild zeigte. Die Verminderung der Nachfrage nach freien Arbeitskräften im letzten Vierteljahr 1934 war an sich bedeutungslos und ausschließlich durch die Jahreszeit bedingt, denn dieser Rückgang erstreckte sich im wesentlichen auf solche Fachgebiete, die stets von der Jahreszeit beeinflußt werden.

Die Schaulinie der gemeldeten freien Arbeitsplätze zeigte vom 2. Vierteljahr 1932 an einen ständigen Anstieg, der vom 2. Vierteljahr 1933 an schärfer wird. Diese ansteigende Tendenz und die lebhafte Wirtschaftsentwicklung berechtigten dazu, daß im Jahre 1935 sich der Anstieg fortsetzen wird, wenn auch nicht erwartet werden kann, daß er in der gleichen Schärfe wir 1934 sich vollziehen wird.

Die Ergebnisse der verflossenen ersten beiden Monate des laufenden Jahres haben die gehegten Erwartungen erfüllt. In beiden Monaten lag der Bedarf an Arbeitskräften über dem der einzelnen Monate 1934. Der Monatsdurchschnitt 1934 betrug 375 Angebote, der Durchschnitt der Monate Januar und Februar 1935 dagegen 473, lag also um rd. 100 höher, wobei sich die beiden Monate nur wenig hinsichtlich der Gesamtzahl der Angebote unterschieden.

Die Uebersicht I zeigt den Verlauf der Nachfrage nach Arbeitskräften in den einzelnen Monaten der Jahre 1932 bis 1935.

In den einzelnen Hauptfachgebieten ergaben sich naturgemäß Verschiebungen, die aus der Uebersicht II ersichtlich sind. Hier sind die Angebote aufgeteilt nach:

[1] Technik und Kultur 26 (1935) 13—17.

Uebersicht I

Gesamtzahl der offenen Stellen für Diplom-Ingenieure in den einzelnen Monaten 1932 bis 1935.

Monat	1932	1933	1934	1935
Januar . . .	67	104	300	480
Februar . . .	78	134	350	466
März	66	144	343	—
I. Vierteljahr .	211	382	993	
April	79	146	343	
Mai	55	141	354	
Juni	60	123	371	
II. Vierteljahr .	194	410	1068	
Juli	66	122	396	
August	91	149	410	
September . .	81	179	427	
III. Vierteljahr .	238	450	1233	
Oktober . . .	134	157	416	
November . .	133	186	393	
Dezember . . .	117	193	395	
IV. Vierteljahr .	384	536	1204	
Gesamt . . .	1027	1778	4498	

„A" = allgemeine Angebote, die sich auf die Grenzgebiete des Berufes beziehen sowie solche Angebote umfassen, die keine bestimmte Fachrichtung vorschreiben; „B" = Bauwesen, und zwar einschließlich Architektur; „Mw" = Maschinenwesen, und zwar Maschinenbau, Elektrotechnik, Schiff- und Schiffsmaschinen- sowie Luftfahrzeugbau; „St" = Stoffwirtschaft, nämlich Bergbau, Hüttenkunde und Chemie.

Man erkennt, daß das Angebot im Bauwesen, das jahreszeitlich bedingt im Dezember 1934 einen Rückgang aufzuweisen hatte, wieder im Januar anstieg, und der Anstieg setzte sich im Februar fort. Aber auch im Ma-

Uebersicht II

Stellenangebote in den Hauptfachgebieten für Diplom-Ingenieure in den einzelnen Monaten der Jahre 1933 bis 1935.

Monat	1933				1934				1935			
	A	B	Mw	St	A	B	Mw	St	A	B	Mw	St
Januar	18	5	62	19	41	43	184	32	58	53	309	60
Februar	20	16	64	34	85	49	180	36	28	61	329	48
März	30	15	68	31	51	47	209	36	—	—	—	—
1. Viertelj.	68	36	194	84	177	139	573	104				
April	16	24	79	27	24	46	231	42				
Mai	17	17	71	36	32	50	234	38				
Juni	15	15	63	30	23	70	234	44				
2. Viertelj.	48	56	213	93	79	166	699	124				
Juli	28	8	66	20	29	52	276	39				
August	23	16	90	20	51	78	251	30				
Septemb.	26	32	88	33	54	59	252	62				
3. Viertelj.	77	56	244	73	134	189	779	131				
Oktober	21	25	86	25	42	67	269	38				
Novem.	22	29	105	30	24	72	244	53				
Dezemb.	28	27	107	31	22	47	254	72				
4. Viertelj.	71	81	298	86	88	186	767	163				
Gesamt	264	229	949	336	478	680	2818	522				
Jahresz.	1778				4498							

schinenwesen, das natürlicherweise die Gesamtlage des Arbeitsraumes entscheidend beeinflußt, haben die Monate Januar und Februar wieder einen kräftigen Anstieg gebracht.

Die Nachfrage nach jungen Diplom-Ingenieuren mit einiger Berufspraxis und für Anfangsstellungen ist besonders lebhaft und konnte nicht immer befriedigt werden; ähnlich liegen die Dinge im Bauingenieurfach. Es muß aber wiederholt betont werden, daß es immer noch in den verschiedensten Fachgebieten Diplom-Ingenieure vorgeschritteneren Alters gibt, die ohne Stellung sind oder sich in Stellungen behelfen, die nicht ihrer Berufsausbildung und ihren Erfahrungen entsprechen. Immernoch ist die Neigung, solche Kräfte, die das unverschuldete Unglück hatten, längere Zeit arbeitslos sein zu müssen, wieder in den Beruf einzugliedern, nicht überall vorhanden. Hier muß noch Wandel geschaffen werden.

Auch im Hinblick auf die Klarstellung der Arbeitsraumlage und die damit in enger Verbindung stehende Nachwuchsfrage ist die Bildung des geschlossenen Berufsstandes eine dringendwerdende Notwendigkeit.

K. F. Steinmetz.

Zur organisatorischen Lage

Der zusammenfassenden Darstellung, die hier[1] kürzlich gegeben wurde, ist eine Veröffentlichung über einen Vortrag nachzutragen, den der Reichsschulungsobmann im NSBDT, Dr.-Ing. O. Stäbel, Direktor des Vereins Deutscher Ingenieure, auf einer Veranstaltung der Gemeinschaft NSBDT/RTA in Hannover am 18. Januar 1935 gehalten hat.[2]

Dr.-Ing. O. Stäbel führte über „die Aufgaben des Ingenieurs beim Neubau der Technik im nationalsozialistischen Staat“ im wesentlichen aus:

Im Hinblick auf die deutsche Handelsbilanz bzw. Devisenlage müsse die Einfuhr vermindert werden. Mit Hilfe der Technik müsse aber die daraus sonst sich ergebende Senkung des Lebensstandards gemäß dem Willen des Führers verhindert werden; vor allem zu vermindern sei die Einfuhr von Fertigwaren und von Lebensmitteln. An der Aufgabe der Sicherung der Nahrungsfreiheit arbeite bereits der VDI im Auftrage des Reichsernährungsministeriums. Schließlich müsse die Einfuhr von Rohstoffen wertmäßig vermindert werden durch Schaffung vollwertiger eigener Rohstoffe. „Die dauerhafte Besserung unserer Wirtschaftslage ist keine Devisenfrage, sondern eine Frage des organischen Einsatzes der Technik in der Wirtschaft. Und für die zwei großen Aufgaben:

1. Beseitigung der Arbeitslosigkeit und
2. Erhöhung des Lebensstandards des ganzen deutschen Volkes,

ist Voraussetzung, daß die deutsche Technik und die Arbeit des deutschen Ingenieurs planmäßig eingesetzt werden.“

Da dieser Einsatz nur von den „technisch Schaffenden“ selbst geleitet werden könne, müßten Führerpersönlichkeiten geschaffen werden, und dazu sei „nicht mehr und nicht weniger nötig, als die Schaffung eines neuen Ingenieurtyps“. Der Ingenieur könne seine Aufgabe, die sachliche und menschenmäßige Führung, nur leisten „aus einer inneren Haltung, wie sie allein entsteht und besteht als der Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer verpflichtenden Gemeinschaft“. Es handele sich darum, nach dem Vorbild des deutschen Offizierkorps in der deutschen Arbeitsarmee ein geschlossenes Ingenieurkorps zu schaffen.

Diese Erziehungsaufgabe enthalte zwei Faktoren:

1. die schulmäßige, berufsmäßige Ausbildung des Ingenieurs auf den Hoch- und Fachschulen und deren Fortführung durch Mitarbeit in den technisch-wissenschaftlichen Vereinen,
2. die weltanschaulich-fachliche Schulung, beginnend auf den Hoch- und Fachschulen, fortgeführt durch den NSBDT (Schulungslager!).

Neben der Erfassung in dem „Zusammenschluß der weltanschaulich ausgerichteten Kräfte zu einem einheitlichen nationalsozialistischen Ingenieurkorps“ bilde die fachliche Arbeit die unbedingt notwendige Ergänzung. Deren Durchführung erfolge in den technisch-wissenschaftlichen Vereinen, „die zwar nach bestimmten arbeitstechnischen Gesichtspunkten zusammengefaßt werden müssen, aber auf keinen Fall irgendwie aufgelöst oder zerschlagen werden dürfen“.

Die Gemeinschaft NSBDT-RTA werde die Grundlage der RKT abgeben. „Jeder Ingenieur, der zur Reichskammer der Technik gehören will, wird in Zukunft einer der vorgesehenen Fachgruppen . . . angehören müssen.“ Die Führung des NSBDT werde dadurch gesichert, „daß nur Angehörige des im NSBDT zusammengeschlossenen Ingenieurkorps in führende Stellen der Organisationen und an die Spitze der Arbeitsausschüsse gelangen können“.

Schließlich sei festzustellen, daß Ingenieurschaffen keine technische Handlangerei sondern kulturelle Leistung sei. Diese sei aber nur zu vollbringen durch Frei-

[1] Technik und Kultur 26 (1935) 34—37.
[2] Veröffentlicht im „Techn. Anzeiger für Niedersachsen“ 29 (1935) Nr. 2 (1. 2. 35).

machen vom politischen Schwätzer, der von technischen Dingen nichts verstehe, und auch vom nur fachmäßig eingestellten Ingenieur.

*

Wenn Stäbel hervorhebt, daß notwendige Voraussetzung die „Zugehörigkeit zu einer verpflichtenden Gemeinschaft" sei und diese Gemeinschaft in einem „geschlossenen Ingenieurkorps" sieht, so befindet er sich grundsätzlich damit auf dem gleichen Boden wie Romberg, der ja[3] besonders die Parallele zum Offizierkorps betont hat.

Dieser richtige Gedanke zu Ende geführt, bedeutet die Bejahung des Ingenieurstandes, die Bildung der „verpflichtenden Gemeinschaft", d. h. die Berufsverbundenheit und das Bewußtsein, neben der Verpflichtung gegenüber Volk und Staat, die jeden Volksgenossen beseelen muß, wenn er „weltanschaulich ausgerichtet" ist, die innere Verpflichtung dem Berufe gegenüber. Darüber ist hier an anderen Stellen[4] schon ausführlich genug die Rede gewesen, und es darf darauf verwiesen werden.

Stäbel sieht (nach obigen Ausführungen) den Aufbau anscheinend so: alle Ingenieure gehören einem der technisch-wissenschaftlichen Vereine an, die nach bestimmten Fachgebieten zusammengefaßt und ausgerichtet sind. Innerhalb dieser Gemeinschaft (RTA) bilden die Pg.'s den NSBDT, und dieser stellt das „Ingenieurkorps" dar, dessen Aufgabe in der „Durchdringung der gesamten Arbeit" mit nationalsozialistischem Geiste und in der Stellung der Führer in den Organisationen besteht.

Daß so ein „geschlossenes Ingenieurkorps" geschaffen werden kann, erscheint wohl fraglich. Und der Vergleich mit dem deutschen Offizierkorps ist hier nicht mehr richtig; es gibt nur ein Offizierkorps, nicht ein „Offizierkorps" im Offizierkorps. Der so gedachte Aufbau einer RKT aber käme einer Erhebung der technisch-wissenschaftlichen Vereine zu Zwangsvereinen gleich. Wobei das „Fach" das wesentliche Kriterium ist, während der „Beruf" überhaupt nicht in Erscheinung tritt. Das widerspricht aber der eigenen Forderung von Stäbel, der Freimachung „vom nur fachmäßig eingestellten Ingenieur", ebenso wie der Forderung von[5] Todt, daß die schöpferische Begabung den Ingenieur „auch verpflichtet, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen".

Richtig sieht Stäbel die Aufgabe der technisch-wissenschaftlichen Vereine, die „auf keinen Fall irgendwie aufgelöst oder zerschlagen werden dürfen". In der Tat: es ist hier wiederholt auf die Bedeutung dieser Vereine hingewiesen worden und auf ihre unvergleichlichen Leistungen in der Vergangenheit im Dienste der Erarbeitung technischer Erkenntnisse und deren technisch-industriellen Auswertung, der Gemeinschaftsarbeit in Verbindung mit der fachlichen Weiterbildung der Fachträger. Diese Bewährung sichert den technisch-wissenschaftlichen Vereinen das Lebensrecht, ja ihre Notwendigkeit. Aber sie sind wissenschaftliche Gesellschaften, und als solche haben sie ihre Bedeutung erlangt und ihre weltbekannten Erfolge erzielt. Ihre Struktur ändern, das würde bedeuten, ihnen den Boden zu entziehen. Denn — das ist nun einmal das Naturgegebene — die technisch-wissenschaftliche Facharbeit ist mit der Industrie verbunden und muß mit ihr verbunden bleiben. Daran kann eine RKT, die eine Zusammenfassung dieser Gesellschaften darstellt, nichts ändern, wenn ihnen nicht das Fundament entzogen werden soll. Fachliche Arbeit in den Ausschüssen, Fachgruppen usw. war Sache der Freiwilligkeit. Sie wird auch weiterhin Sache der freiwilligen Mitarbeit sein; man bedenke, daß sicherlich 90 vH. der Ingenieure Dienstnehmer der Industrie sind! Eine Zwangsmitgliedschaft bei den „Fachgruppen" der RKT wird hinsichtlich der aktiven fachlichen Arbeit nichts ändern, sie bedeutet in dieser Hinsicht kaum mehr als ein Zuwachs an Finanzkraft.

Die weltanschauliche Schulung aber in „Fachgruppen", „Fachschaften" usw. durchgeführt, dürfte kaum zu einem Erfolg führen. Sie hängt organisch nie mit dem „Fach" zusammen, sondern mit dem „Beruf". Das ist ja gerade die Stärke des Offizierkorps, daß es das überfachliche Bewußtsein, die überfachliche Verbundenheit, eben das verpflichtende Standesbewußtsein hat. Durch eine Summe von Fachvereinen mit eingebautem nationalsozialistischem Ingenieurkorps wird das nicht erreicht, es fehlt der Boden für die „Fermentwirkung"; diese ist nur im überfachlichen „Beruf", im Ingenieurkorps schlechthin möglich.

*

Die andere Kernfrage, nämlich das Verhältnis zur Deutschen Arbeitsfront, hat in dem genannten Vortrag Stäbel zwar angeschnitten, aber den Weg zur Lösung offen gelassen. Er meinte, daß das Verhältnis der gedachten „Organisation der deutschen Technik" zur DAF keine „prinzipiellen Schwierigkeiten" bereite, und daß „die Regelung der Zusammenarbeit so vordringlich" sei, „daß sie unbedingt in absehbarer Zeit gelöst werden" müßte.

Wie diese Lösung möglich sein soll, wenn RKT (=RTA) und DAF von zwei verschiedenen Grundsätzen ausgehen, ist nicht zu sehen. Gewiß kann auf Grund seiner Verordnung[6] über die DAF der Führer anordnen, daß eine RKT, wenn sie „gesetzlich anerkannte ständische Organisation" ist, korporativ der DAF angehören kann. Die Frage ist nur, ob eine solche RKT „ständische Organisation" ist bzw. reichsgesetzlich als solche verankert wird. Bis dahin dürfte noch ein längerer Weg sein, denn der Begriff der „ständischen Organisation" liegt noch keineswegs eindeutig fest. Aber selbst wenn diese theoretische Möglichkeit praktisch verwirklicht werden würde, ist damit die Kernfrage gelöst?

Die DAF geht von dem Grundsatz aus, daß der einzelne Mensch seine wirtschaftliche Funktion durch seinen Beruf zu erfüllen hat, durch den seine Arbeit über ihren materiellen Charakter hinausgehoben wird und höheren sittlichen Zweck erhält. Sie faßt deshalb die Menschen nach Berufen zusammen, von denen erst das „Fach" sich ableitet. Umgekehrt aber ist es bei der Summe der technisch-wissenschaftlichen Vereine, die über das „Fach" zu einer „ständischen Organisation" kommen wollen.

Noch vermag man hier die Synthese nicht zu sehen. Sie zu finden, darin hat Stäbel durchaus recht, ist „so vordringlich", daß die Frage „in absehbarer Zeit gelöst werden muß". Sie liegt in dem Gedanken des „Offizier-

---

[3] Technik und Kultur 25 (1934) 200.
[4] Zuletzt Technik und Kultur 26 (1935) 25—28.
[5] Technik und Kultur 26 (1935) 35.
[6] Vom 24. Oktober 1934. — Vgl. Technik und Kultur 25 (1934) 188, 191.

korps" im technischen Gesamtberuf, der schließlich in der DAF seinen Platz haben wird.

*

Nicht Kritik ist der Sinn und Zweck dieser Ausführungen, sondern der ernstliche Wille, einer Klärung der Fragen zu dienen. Es dürfte sich aber schon eines gezeigt haben: eine Annäherung der verschiedenen Auffassungen aneinander. Kein großer Schritt scheint notwendig zu sein, um die Lösung des Problems zu schaffen derart, daß in erster Linie den Notwendigkeiten des neuen Staates voll Rechnung getragen ist, und daß als deren Funktion der Ingenieurberuf zu seinem zum Schaden der Allgemeinheit so lange vorenthaltenen Rechte kommt.

Wenn öffentlich heute[7] über den „Platz des Ingenieurs" gesprochen wird, so sollte man dieses Zeichen der Zeit nicht übersehen. Und sich vor allem klar darüber werden, daß der Ingenieur sich nicht den allseitig im technischen Berufskreis als notwendig erkannten „Platz an der Sonne" durch fachwissenschaftliche Leistungen erkämpft. Wäre das möglich, so müßte heute kein Anlaß zu irgendwelchen Klagen und zur „Platzanweisung" sein. Diese Frage ist eine Ausbildungsfrage einerseits (also „Berufsfrage"), andererseits eine Frage der Stellung des Berufes in der Oeffentlichkeit; und diese kann nur geschaffen und befestigt werden durch den Berufsstand, durch das „Ingenieurkorps". Wird das Problem nicht auf dieser natürlichen Grundlage gelöst, so werden sehr bald Volk und Staat es fühlen müssen auch am Rückgang der fachlich-technischen und der wissenschaftlichen Leistungen, weil die richtige Lösung des Problems aufs engste mit der[8] Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses zwangsläufig verknüpft ist. Lapicida.

[7] Vgl. Technik und Kultur 26 (1935) 33; ferner RTA 15 (1935) Nr. 7 (13. 2. 35) 2.

[8] Technik und Kultur 26 (1935) 42—44.

Literatur

Zeitschriften:

Deutsche Technik, technopolitische Zeitschrift der Architekten, Chemiker, Ingenieure, Techniker. Herausgegeben in Verbindung mit dem Amt für Technik der NSDAP. — Leipzig-Berlin: Verlag Theodor Weicher. Dritter Jahrgang, Februar 1935.

Professor Dr.-Ing. Koppmeier beginnt im vorliegenden Heft eine Abhandlung „Zum Aufbau einer Philosophie der Technik" und behandelt zunächst den „Sinn und Zweck der Technik" sowie die Frage „Technik, Weltanschauung und Volk". Es soll auf diese Abhandlung näher hier eingegangen werden, wenn sie abgeschlossen vorliegt. — An weiteren beachtlichen Veröffentlichungen enthält das Heft u. a. einen „Beitrag zur Frage der Selbstversorgung Deutschlands an Eisenerzen aus dem Gebiet Salzgitter—Peine—Braunschweig" (Dipl.-Ing. J. Jung); eine ausführliche Darstellung der „Weltwirtschaft im Jahre 1934" auf Grund der Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes; eine „Kritik der Technik", worin Stellung zu dem Buche W. Sombart („Deutscher Sozialismus") genommen ist; „Das Rad des Aristoteles" (Dipl.-Ing. Carl Weihe). Reichhaltig wie immer ist die Uebersicht über technische Fortschritte sowie die Rundschau.

Der Naturforscher, vereint mit Natur und Technik. — Berlin-Lichterfelde: Hugo Bermühler Verlag. 11. Jahrgang, Heft 12 (März 1935).

Mit dem Märzheft liegt nunmehr der 11. Jahrgang (1934/35) dieser Zeitschrift abgeschlossen vor. Sie hat einen erheblichen Anteil an der heute mehr als je dringenden Aufgabe, den Menschen nicht nur mit der Natur bekanntzumachen, sondern ihn mit ihr wieder auf das engste zu verbinden. In ernster Arbeit hat sich diese Zeitschrift zur führenden Stellung in diesem Rahmen entwickelt, und das vorliegende Heft tritt dafür erneut den Beweis an, daß diese Führerstellung sich nicht bloß auf den Inhalt an sich, sondern auch auf die Ausstattung bezieht; denn die Auswahl der Abbildungen wie deren Wiedergabe ist hervorragend und nicht zu übertreffen. Nachstehend eine Inhaltsübersicht:

Der durch seine Forschungen über das Verhältnis von „Konstitution und Rasse" bekanntgewordene Professor Dr. W. Jaensch von der Charité, Berlin, setzt die Konstitutionstypen (Pykniker, Leptosome) in Beziehung zu den Günther schen Rassen. An Hand eindrucksvoller Naturaufnahmen gibt Forstassessor Horst Siewert nach dem heutigen Stand unseres Wissens Antwort auf die Frage: „Wie entsteht ein Geweih?". Dr. E. Wegmann, Schaffhausen (Geologe der dänischen Grönland-Expedition 1932—34), veröffentlicht zum ersten Male seine Aufnahmen und Beobachtungen über die eigenartigen und noch unbekannten „Eis- und Schneeformen in Nordostgrönland". Beim Herannahen des Frühjahrsvogelzuges wird von allen Naturfreunden der hervorragend mit Natururkunden bebilderte Aufsatz von Friedr. v. Lucanus, Berlin, über den Kiebitz begrüßt werden. Der bekannte Pflanzengeograph Dr. Kurt Hueck, Berlin, berichtet an Hand von Bildern von seinen Forschungen über „Herkunft und Wanderwege deutscher Steppenpflanzen". Die schnell voranstürmende „Kernphysik" erläutert der Physiker Dr. Erich Schneider, Berlin, in einem außerordentlich klar und — mit Hilfe guter Skizzen — anschaulich wirkenden Querschnitt. Dr. Richard Rein berichtet über „Ein eiszeitliches Wildgehege im Naturschutzgebiet Neandertal", das jetzt auf über 100 Morgen errichtet wird.

Unter „Technik und Wirtschaft" bringt der Landesgeologe Dr. Brandes einen sehr beachtlichen und neue Aufschlüsse bietenden Aufsatz über die „Gewinnung und Verwertung des Bernsteins", mit ganz hervorragenden Naturaufnahmen von Bernstein-Einschlüssen (Tieren und Pflanzen aller möglichen Arten). Vielseitig sind auch die „Kleinen Beiträge aus allen Gebieten" und die „Forschungsergebnisse".

Der Deutsche Techniker, die Zeitschrift der Berufsgruppe der Techniker. — Berlin: Verlag DAF-Berufsgruppenamt. 3. Jahrgang, Nr. 4 vom 25. Februar 1935.

„Der Deutsche Techniker", halbmonatlich erscheinend, ist das Organ der „Reichsberufshauptgruppe 18" der DAF, in der die Berufsgruppen „Ingenieure und Techniker", „Chemiker" und „Werkmeister" vereinigt sind. Die vorliegende Ausgabe brachte als Leitaufsatz eine Abhandlung des Reichswartes dieser „RBHG 18", Oskar Häfner: „Weg und Ziel". Ausghend von der für die DAF grundlegenden Verordnung des Führers und Reichskanzlers (vom 24. Oktober 1934) erläutert Vf. die Gesamtaufgabe des Berufsgruppenamtes, die — nach Cl. Selzner — in der „Schaffung eines Types von Lei-

stungsaristokraten, welche massenweise in seiner betreuten Berufsart vorkommen müssen", gipfelt. Hierzu sei ein „reglementierter Ausleseprozeß" zu schaffen, und die Einhaltung der Regel zu überwachen. „Von der elementaren Ausbildung zur gesteigerten Fortbildung und endlich zum wissenschaftlichen Austausch läßt er („Reichsberufshauptgruppenleiter") die Leistungsbesten durch alle diese Phasen laufen, um jedem Fleiß und jeglicher Begabung den Aufstieg zu sichern. Der von den Reichsberufshauptgruppen ausgestellte Befähigungsnachweis wird in der künftigen Stellenvermittlung eine entscheidende Rolle spielen ..." Auf die deutsche „Technikerschaft" bezogen, bedeute diese Berufserziehung: „Berufsausbildung, Berufsfortbildung, Berufsvertiefung". Vf. erörtert die sich aus dieser Aufgabe ergebenden verschiedenen Schulungsarten usw. und erläutert den Begriff der „Berufsvertiefung" dahin, daß einem einseitigen Spezialistentum der im Arbeitsprozeß stehenden Techniker gesteuert wird, und zwar insbesondere durch die Pflege der Grenzgebiete.

Von unseren Hochschulen

Hochschulreife: Reichserziehungsminister Rust hat die im Vorjahre eingeführte „Hochschulreife" durch einen Erlaß aufgehoben. Die besondere Qualifikation der Abiturienten der Höheren Schulen war eingeführt worden, im wesentlichen, um den Zudrang zu den Hochschulen einzuschränken. Die Aufhebung dieser Beschränkung wird damit begründet, daß der Besuch aller Hochschulen so stark abgenommen habe, daß die zahlenmäßige Beschränkung der Berechtigung nicht mehr notwendig erscheine. An die Stelle der aufgehobenen Beschränkung soll nunmehr, zwecks Qualifikation für das akademische Studium, wieder allgemein das Reifezeugnis und die Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht treten. An den Höheren Schulen soll eine sorgfältige und planmäßige Schülerauslese erfolgen; dafür sollen noch besondere Richtlinien herausgegeben werden.

TH Berlin: Nach der „Besuchsübersicht" betrug im Winterhalbjahr 1934/35 die Gesamtzahl der Studierenden (einschließlich 59 Studentinnen) 2456, zu denen noch 1251 beurlaubte Studierende (20 Frauen) kommen, so daß die Gesamtzahl der Immatrikulierten 3707 betrug. Ein Vergleich mit den Winterhalbjahren 1929/30 und 1933/34 ergibt folgendes Bild:

W.S.	29/30	33/34	34/35
Anzahl der Studenten	4957	3200	2397
Anzahl der Studentinnen	77	85	59
Gesamt	5034	3285	2456
Beurlaubte Studenten	976	1187	1251
Gesamtz. d. Immatrikul.	6010	4472	3707

Ein Vergleich mit dem Besuch im Sommerhalbjahr 1934 zeigt:

	S.S. 1934	W.S. 34/35
Studenten	2763	2397
Studentinnen	72	59
Gesamt	2835	2456
Beurlaubte	1048	1251
Immatrikulierte	3883	3707

Sieht man von den „Beurlaubten" ab, so hat darnach die Zahl der Studierenden vom W.S. 29/30 zum W.S. 34/35 um 2578 abgenommen, d.h. um 50 vH. Berücksichtigt man, daß die Frequenz im S.S. immer niedriger als im W.S. ist, so kann auch von einer nicht unwesentlichen Abnahme im W.S. 34/35 gegenüber dem S.S. 34 gesprochen werden.

Von besonderem Interesse, weil für die Berufslage ausschlaggebend, ist der Neuzugang im Vergleich zum Vorjahre:

Zugang:	W.S. 33/34	W.S. 34/35
neu immatrikuliert	389	336
wieder immatrikuliert	45	42
Gesamtzugang	434	378

Die Besetzung der Studienjahre zeigt folgende Uebersicht:

Studienjahr	1.	2.	3.	4.	5. u. mehr
W.S. 33/34	407	602	797	848	631
W.S. 34/35	267	361	619	634	575
W.S. 34/35 weniger	140	241	178	214	56

Die Größtzahl der Studentinnen studiert „Architektur", nämlich 26 von 59 = 45 vH. (1933/34: 34 von 85 = 40 vH.), während Bauingenieurwesen, Geodäsie, Elektrotechnik, Schiff- und Schiffsmaschinenbau sowie Bergbau und Hüttenkunde keine Studentinnen aufweisen. Maschinenbau weist 3, Luftfahrzeugbau 1 Studentinnen auf. Der Neuzugang an Studentinnen im W.S. 34/35 verteilte sich: Mathematik, Physik 1, Architektur 4.

Auf die einzelnen Fakultäten verteilte sich die Studentenschaft wie folgt:

		Zugang: 33/34		Zugang: 34/35		Gesamt: 33/34		Gesamt: 34/35	
Allgemeine Wissenschaften:	a) Mathematik, Physik	29		26		204		146	
	b) Naturwissenschaft, Chemie	23		40		190		187	
	c) Wirtschafts-, Rechtswissenschaft	16	68	12	78	130	524	95	428
Bauwesen:	a) Architektur	76		63		524		394	
	b) Bau-Ingenieurwesen	74		65		440		318	
	c) Geodäsie	31	181	11	139	220	1184	118	830
Maschinenwesen:	a) Maschinen-Ingenieur	80		67		663		488	
	b) Elektro-Ingenieur	52		40		589		444	
	c) Schiffbau	12		2		43		37	
	d) Schiffsmaschinenbau	1		3		32		29	
	e) Luftfahrzeugbau	19	164	28	140	96	1423	97	1095
Bergbau und Hüttenwesen:	a) Bergbau	14		16		106		72	
	b) Hüttenkunde	7	21	5	21	48	154	31	103
	Gesamt:		434		378		3285		2456

Verantwortlich: Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Berlin-Lankwitz, Beethovenstr. 20. — Selbstverlag des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure E. V. — Druck: Buchholz & Weißwange, Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 40